

Antrag der Fraktion der CDU**14 026 unerledigte Strafverfahren bei der Bremer Staatsanwaltschaft
- der Senat muss jetzt gegensteuern**

Die Zahlen der offenen Strafverfahren sind bundesweit gestiegen, Bremen bildet dabei leider keine Ausnahme. Aktuell liegt die Zahl der unerledigten Fälle der Bremer Staatsanwaltschaft laut Presseberichterstattung aus September 2023 bei 14 026. Zu dieser eklatant hohen Zahl von Strafverfahren, die unerledigt bei der Staatsanwaltschaft auf Halde liegen, kommt noch die Zahl der unbearbeiteten Fälle der Bremer Polizei, die sich bei der letzten Abfrage im Februar 2023 auf 18 143 belief.

Im Koalitionsvertrag des rot-rot-grünen Bremer Senats wurde eine Vielzahl von personellen Zuwächsen versprochen, sei es bei der Polizei oder in der Justiz. Die nun bekannt gewordenen Eckwerte für den kommenden Haushalt sprechen eine andere Sprache. Nach den Eckwertbeschlüssen des Senats wird keine einzige zusätzliche Stelle im Bereich der Justiz kommen.

Die Justizvollzugsanstalt ist jedoch in Bremen seit Jahren voll belegt. Es ist zudem abzusehen, dass nach den Encrochat-Verfahren bald eine neue Verfahrenswelle auf die Bremer Ermittlungsbehörden zurollt. „Sky ECC“ ist den Ermittlern zumindest seit 2021 ein Begriff, da er in vielen Großverfahren bereits eine Rolle spielte. Diese verschlüsselte Kommunikationsmöglichkeit mittels sogenannter Krypto-Handys wurde von vielen Kriminellen benutzt. Somit werden viele weitere große Ermittlungsverfahren bei der Bremer Polizei und dann der Justiz landen. Wie bei den Encrochat-Straftaten wird dies voraussichtlich zu vielen und hohen Haftstrafen führen. Allein die Datenmenge beläuft sich nach derzeitigen Angaben auf das vierfache von den Encrochat-Verfahren.

Die Bremer Regierung weiß somit, welche Verfahrenswelle auf sie zurollt, und steuert bislang nicht dagegen. Hinzu treten noch das zusätzliche hohe Aufkommen an Asylverfahren infolge der Flüchtlingswelle, komplexere Strafverfahren, die mitunter Jahre dauern, und die grundsätzlich höhere Anzahl an Straftaten deutschlandweit.

Es ist Kernaufgabe der Regierung den Rechtsstaat aufrecht und funktionstüchtig zu halten und dafür Sorge zu tragen, dass Straftaten zeitnah und angemessen abgeurteilt werden.

Dafür kann es beispielsweise sinnvoll sein, mehr Absolventen des Bremer Studienganges Rechtswissenschaften über ein Referendariat an Bremen zu binden und damit den Zugang zur hiesigen Anwaltschaft oder Justiz vorzubereiten. Ein zusätzlicher Einstellungstermin bei den Rechtsreferendaren wäre dafür notwendig. Zusätzliches Personal ist sowohl bei der Staatsanwaltschaft und Richterschaft, aber natürlich auch beim Unterstützungspersonal unabdingbar. Bei einem derart starken Zuwachs von Verfahren scheint zumindest klar, dass es mit dem derzeitigen Personal nicht mehr bewältigt werden kann.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. das für die Personalbedarfsplanung deutschlandweit angewandte Personalbedarfsberechnungssystem PEBB§Y zukünftig auch in Bremen zur Grundlage der Stellenplanung für die Gerichte und Staatsanwaltschaft zu machen und dementsprechend die Zahl bei den Richtern und Staatsanwälten auf PEBB§Y 100 zu erhöhen;
2. die bisherigen temporären Personalaufstockungen im Bereich der Staatsanwaltschaft zu verstetigen;
3. einen weiteren Einstellungstermin für Rechtsreferendare im OLG-Bezirk Bremen einzuführen und somit jedes Jahr 50 Prozent mehr Rechtsreferendarplätze zu besetzen. Hierfür sind die räumlichen, die personellen Ausbildungs- sowie die finanziellen Kapazitäten bereitzustellen;
4. zur weiteren Stillung des Bedarfs insbesondere im nichtrichterlichen Bereich bei der Staatsanwaltschaft zusätzliches Personal entsprechend des zusätzlichen Richter- und Justizpersonals einzustellen, auch durch die Intensivierung der Ausbildung von Rechtspflegern und Justizfachangestellten;
5. in Anbetracht der seit Jahren anhaltenden Vollbelegung der Bremer Justizvollzugsanstalt bis zum zweiten Quartal 2024 ein Konzept vorzulegen, welches darlegt, wie der Senat künftig mit der zunehmenden Zahl der unterzubringenden Häftlinge, umgehen will.

Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU